Basel, den 19. November 1932 XXXII. Jahrgang / No. 47

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-12 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.



Redaktion: Dr. HENRY FAUCHERRE. Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär

Inhalt:



Führende Gedanken



Die Anonymität der kapitalistischen Wirtschaft.

Die schlimmsten Ungerechtigkeiten spielen sich ab im Halbdunkel der Anonymität hinter der Fassade einer neutralen Firma. Pius XI.

Stärker werden als alle anderen.

Der Wettbewerb der Rivalen nimmt scharfe Formen an, und die Genossenschaftsbewegung, die Vereinigung von Personen, wird sich gegen den Kapitalismus, die Vereinigung von Kapitalien, nur behaupten können, wenn sie ebenso rationelle Dienste leistet und gleichzeitig ihren eigenen Grundsätzen treu bleibt. C. R. Fay.

Kein Profit und kein Bürokratismus.

Dort, wo die handwerksmässige, kleinbetriebliche Organisation nicht mehr am Platze, wo die Grosswirtschaft notwendig ist, vermeidet die konsumgenossenschaftliche Grosswirtschaft (Eigenproduktion) grosse Mängel sowohl der kapitalistischen wie der öffentlichen Unternehmungen, d. h. sie vermag eine Form der Grosswirtschaft zur Entwicklung zu bringen, die nicht auf Profitstreben und nicht auf Bürokratisierung, sondern im wesentlichen auf freier Betätigung der wirtschaftlichen Kräfte aufgebaut ist. Sombart.

Lebensversicherung mit Hilfe der Rückvergütung.*)

Was den Mitgliedern nützt, muss auch den Genossenschaften nützen und ihnen zu neuem Aufschwung verhelfen. Die Lebensversicherung mit Hilfe der Rückvergütung muss den Vereinen die wertvollste Käuferschicht zuführen, nämlich die jungen, neugebackenen Hausfrauen, die an der Versicherung noch das grösste Interesse haben und die durch die Versicherung mit der Genossenschaft lebenslänglich durch das Band gegenseitigen Nutzens verbunden bleiben. Jedes versicherte Mitglied hätte ein starkes Interesse daran, seine Einkäufe dem eigenen Verein wenigstens so weit zuzuwenden, dass die Rückvergütung zur Zahlung der Prämie hinreicht, um nicht den Rest der Prämie in bar zahlen zu müssen. Die Gewohnheit hat grosse Macht, und wenn die Hausfrau sich daran gewöhnt, in der ersten Jahreshälfte ihre Einkäufe im Konsum zu machen, um die Zahlung der Prämie sicher zu stellen, wird sie auch im zweiten Halbjahr dabei verbleiben. Der private Handel wird ihr niemals einen gleichen Vorteil bieten können. Die Konsumvereine können sich bei der Durchführung gegenseitig leicht unterstützen, indem jedes Mitglied, das aus dem Bereich des einen Vereins in das Gebiet eines anderen Vereins verzieht, auch bei dem anderen Verein die Rückvergütung zur Prämienzahlung benutzen könnte. Das würde den Mitgliedern auch klar machen, wie nötig und nützlich die Vereinigung der Konsumvereine ist.

Die Gelder, die sich durch die Anlage der Rückvergütung in der Lebensversicherung ansammeln, würden weiterhin eine unschätzbare Hilfe zur Entwicklung der Genossenschaften abgeben. Die Gelder der Lebensversicherungen sind die sichersten, stabilsten und billigsten aller Leihgelder. Sie können auch in einer Angstkrise den Genossenschaften nicht so leicht entzogen werden wie die gewöhnlichen Spargelder. Es wird wohl nichts im Wege stehen, sie bei genügender Sicherstellung zunächst in den eigenen Betrieben der Genossenschaften zu verwenden und diese damit von den Schwankungen der Konjunktur auf dem heute so empfindlichen Kapitalmarkt unabhängig zu machen.

Die Durchführung des Vorschlags.

Schliesslich besitzen die Konsumvereine in ihrem Personal einen vortrefflichen Propagandaapparat für die Popularisierung der Volksversicherung. Der Propagandaapparat der privaten Versicherungsgesellschaften hat bekanntlich viele sachliche und persönliche Mängel. Er ist der Zufluchtshafen vieler gescheiterter Existenzen, die an dem

*) Siehe auch No. 46 des „Schweiz. Konsumverein": Auf dem Wege zur Vollgenossenschaft.

Wohl der Versicherungsnehmer wenig interessiert sind. Da der Verdienst dieser Versicherungsagenten sich nach der Höhe der abgeschlossenen Versicherungssummen richtet, verleitet der Agent die Versicherungsnehmer gern zum Abschluss einer Versicherung, die sie auf die Dauer nicht durchhalten können. Wenn der Agent die Provision für den Abschluss der Versicherung einkassiert hat, dann wird es ihm ziemlich gleichgültig, wie es dem Versicherten ergeht. Darum enden so manche Versicherungsverträge mit vorzeitiger Auflösung und mit Schaden und Verlust für den Versicherungsnehmer. Die Konsumvereine wären schon durch ihr Eigeninteresse vor dieser gefährlichen Versuchung bewahrt. Das Personal der Konsumvereine wird bei den kleinen Versicherungsnehmern mehr Vertrauen geniessen als dubiose Agenten und wird es daher voraussichtlich leichter haben, die Abschlüsse von Versicherungen zustande zu bringen. Natürlich darf und soll das Personal auch finanziell am Erfolg der Versicherung interessiert werden, aber die Versichernug mit Hilfe der Rückvergütung wird die übersetzten Provisionen der privaten Agenten zum grossen Teil ersparen können. Die Vorteile der Versicherung mit Hilfe der Rückvergütung sind so augenscheinlich, dass sie voraussichtlich dem intelligentesten Teil der Mitgliedschaft auch ohne allzu kostspielige Propaganda einleuchten werden, und wenn dieser Teil den Anfang gemacht hat, wird die grosse Masse immer mehr nachfolgen.

Der Propagandaapparat der privaten Gesellschaften hat noch manche Kosten, die sich die genossenschaftliche Versicherung sparen kann. Er muss mit Mühe und Unkosten die neuen Versicherungskandidaten ausfindig machen; den Konsumvereinen kommt aber die wichtigste Gruppe dieser Interessenten, die jungen Hausfrauen, grösstenteils täglich ins Haus; und im Laden kann zwanglos auf die Vorteile der Versicherung mit Hilfe der Rückvergütung aufmerksam gemacht werden.

Für die Propaganda erlaube ich mir, einige praktische Vorschläge zu machen, die natürlich je nach den Bedürfnissen ergänzt werden können:

1. Sollten die Vereinsverwaltungen durch persönliche Fürsprache für die Idee erwärmt und von den grossen Vorteilen für die Vereine und ihre Mitglieder überzeugt werden. Zugleich sollten die Beziehungen der Vereine zu einer Versicherungsanstalt hergestellt werden.
2. Sollte das Personal der Vereine dahin instruiert werden, dass es auf die Gründung neuer Haushalte acht gibt, die jungen Hausfrauen auf die Vorteile der Lebensversicherung aufmerksam macht oder wenigstens ihre Adresse an die Versicherungsanstalt weiter gibt, damit diese mit der direkten Propaganda beginnen kann. Auch im Interesse des Warengeschäfts sollte die Gründung neuer Haushalte beobachtet und mit einer Propaganda für den Beitritt zur Genossenschaft verbunden werden, so dass die Vereine gut tun werden, für Versicherung und Beitritt gleichzeitig zu werben.
3. Sollte man für die Propaganda unter den Mitgliedern ein wirksames Plakat anfertigen, das auf die Vorteile der Versicherung mit Hilfe der Rückvergütung in leicht fasslicher Weise hinweist und in allen Verkaufsstellen der Vereine an gut sichtbarer Stelle aufgehängt werden sollte. Dem gleichen Zwecke sollten auch populäre Propagandadrucksachen dienen, die in den Vereinslokalen zur kostenlosen Verteilung an die Mitglieder aufgelegt werden sollten.
4. Würde es sich sehr empfehlen, wenn die Vereine einige Wochen vor Auszahlung der Rückvergütung ihre Mitglieder mit einem Zirkular auf die Möglichkeit und die Vorteile der Lebensversicherung mit Hilfe der Rückvergütung aufmerksam machen und sie zum Beitritt einladen würden.

Für kein Land wird die Wohltat dieser Versicherung grösser sein als für Deutschland. Denn in Deutschland ist, wie ich dem vor zwei Jahren erschienenen Versicherungslexikon von Manes entnehme, die Volksversicherung infolge der Inflation völlig zusammengebrochen und bisher nur zum geringen Teil wieder aufgebaut. Die vor dem Kriege eingeführte wöchentliche Einziehung der Prämien für die Volksversicherung hat man in Deutschland wegen ihrer Kostspieligkeit bei den geringen Prämien aufgehoben, und man nimmt nur noch monatliche Prämienzahlungen in Empfang. Zudem sind die Versicherungssummen im Durchschnitt sehr niedrig. Die Volksfürsorge in Hamburg, die sich offenbar viele Mühe um den Wiederaufbau der Volksversicherung gegeben hat, soll Ende 1928 1,440,000 Policen über eine Gesamtversicherungssumme von 537,4 Millionen Reichsmark in Kraft gehabt haben, so dass auf die einzelne Police nicht einmal ein Durchschnittsbetrag von 400 Reichsmark entfällt. Die privaten Lebensversicherungen in Deutschland hatten Ende 1928 insgesamt nur 393,842 sogenannte kleine Policen über eine Gesamtsumme von 151,3 Millionen Reichsmark in Kraft, so dass auch bei ihnen der Durchschnittsbetrag keine 400 Reichsmark erreicht. Dagegen reicht die gewiss für jede Arbeiterfamilie leicht erreichbare Rückvergütung von 26,40 Reichsmark bereits für eine Versicherungssumme von 1000 Reichsmark aus, und 46.50 Reichsmark Rückvergütung, die auch für Minderbemittelte in der Regel keine Unmöglichkeit sind, ermöglichen bereits eine Versicherungssumme von 2000 Reichsmark.

Die Lebensversicherung mit der Hilfe der Rückvergütung scheint nach jeder Richtung hin so viele Vorteile zu versprechen, dass ich hoffe, auf ernstliche Prüfung der hier gemachten Vorschläge und auf ihre spätere erfolgreiche Durchführung rechnen zu dürfen. Einige Vereine sollten einmal den Anfang machen. Ist der Prozentsatz der sich gegenwärtig in Deutschland beteiligenden Mitglieder auch noch klein, so ist doch gerade dieser kleine Prozentsatz geeignet, um daran zu lernen. Kommt dann eine bessere Konjunktur, kann man die Basis verbreitern.

Nachwort des Verfassers.

Bei den bisherigen Beratungen über die Durchführung der Lebensversicherung mit Hilfe der Rückvergütung scheint die Auffassung wegleitend gewesen zu sein, man müsse die Propaganda dafür auf einen besonderen Apparat abschieben. Die Vereine und ihr Personal könnten sich nicht damit befassen, man müsse vielmehr besondere Agenten dafür heranziehen. Nun wird es auch wohl so sein, dass man auf das System der privaten Agenten nicht ganz wird verzichten können, aber ausschliesslich auf diese Helfer abzustellen hiesse einfach das System der kapitalistischen Versicherung mit seinen übelsten Auswüchsen kopieren. Die kapitalistische Versicherung reizt bekanntlich ihre Agenten durch übermässige Provisionen dazu an, aus den Ver-

sicherungsnehmern möglichst viel herauszuschlagen. Die Folge ist dann ein enorm hoher Abgang von Versicherungsnehmern, die ihre Versicherung nicht durchhalten können und dadurch zu Schaden kommen. Es scheint mir für die Genossenschaften nicht ratsam, dieses System nachzuahmen; denn man muss befürchten, dass die Genossenschaftsmitglieder, die ihre Versicherung nicht durchhalten können, auch der Genossenschaft den Rücken kehren.

Die Lebensversicherung mit Hilfe der Rückvergütung müssen die Konsumvereine und ihr Personal propagieren und jedenfalls die Hauptarbeit dafür leisten. Denn wenn ein Genossenschafter sich im Laden oder beim Verwalter nach der Möglichkeit der Versicherung erkundigen würde, so kann man ihm doch nicht achselzuckend antworten: «Wir befassen uns mit der Sache nicht, gehen Sie zu dem Herrn So-und-So. Für seine eigene Sache muss jeder am besten sorgen, und die Konsumvereine können eine Aufgabe, die ihnen den grössten Nutzen verspricht, nicht auf fremde Schultern abladen. Das Personal, besonders das leitende, besser bezahlte Personal der Vereine muss sich mit einer solch nützlichen Neuerung bekannt machen, und meines Erachtens ist das Personal auch weder zu unintelligent noch zu unwillig zu solch einer gemeinnützigen Arbeit. Das Personal besitzt, wie schon im vorstehenden Aufsatz ausgeführt, die besten Gelegenheiten zur Propagierung der Versicherung bei den jungen Hausfrauen, die dafür in erster Linie in Frage kommen. Das Personal wird auch in den meisten Fällen mehr Vertrauen bei den Hausfrauen geniessen als unbekannte oder dubiose Agenten. Und vor allem fordert diese Aufgabe vom Personal nicht bloss Vermehrung der Kenntnisse und der Arbeit, sondern lohnt ihnen diese Anstrengungen auch mit einem legitimen Nebenverdienst. Im Jahre 1930 wurden für mehr als 126 Millionen Franken Kapitalsumme neue Volksversicherungen abgeschlossen; bei einer Provision von nur einem Prozent ergab das einen Verdienst für die Agenten von 1,260,000 Franken. Davon könnte in Zukunft ein guter Teil dem genossenschaftlichen Personal zufliessen. Bei der Bemessung der Provision brauchte die genossenschaftliche Versicherung nicht engherzig sein, denn mit jedem Versicherungsabschluss gewinnt die Genossenschaft voraussichtlich eine zuverlässige und lebenslängliche Kundin. Daraus wird sich in den kleineren Vereinen die Gelegenheit zu Hunderten und in den grösseren jedenfalls zu Tausenden von Franken Nebeneinnahmen ergeben. Es muss dann einer Vereinbarung zwischen der Volksfürsorge und den Vereinen überlassen bleiben, wie diese Provisionen zwischen der Genossenschaft und dem Personal aufzuteilen sein würden. Auf jeden Fall werden die Genossenschaften von einer energischen Durchführung der Versicherung mit Hilfe der Rückvergütung direkt und indirekt finanziell profitieren. Und wo gibt es sonst eine Art von Propaganda, die nicht nur kein Geld kostet, sondern sogar Geld einzubringen verspricht? Sind die Zeiten nicht so, dass auch die Konsumvereine jede Gelegenheit zur Vermehrung ihrer Verdienstquellen benutzen müssen?

Natürlich wird sich das Personal in die neue Aufgabe erst einarbeiten müssen, und man wird nicht überall die gleichen Erfolge haben. Doch werden sich sicherlich unter dem grossen Personal der Vereine manche Kräfte finden, die für die neue Aufgabe willig und geschickt sind. Die Erfahrung wird lehren müssen, in welcher Weise die Propaganda am besten durchgeführt werden kann. Aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, und wenn ein Weg so viel Gutes verspricht, wie das bei diesem nach aller menschlichen Voraussicht der Fall ist, dann muss er auch beschritten werden.

Gustav Büscher, Zürich.



Das Ende der Preussenkasse.

Von Dr. Wilhelm Grotkopp (Berlin).

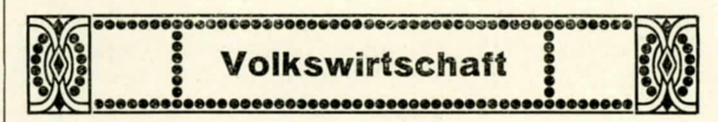
Die eingeleitete Reorganisation der Preussenkasse ist das Eingeständnis, dass es nicht gelungen ist, in der Nachkriegszeit den landwirtschaftlichen Kredit in Deutschland wieder aufzubauen. Vor dem Kriege hatte eine wesentliche Stärke der deutschen Landwirtschaft darin gelegen, dass es dank der starken Kapitalbildung in der Landwirtschaft selbst und dank der bestehenden Kreditgenossenschaften möglich war, unabhängig von den Schwankungen auf dem Geld- und Kapitalmarkt der Landwirtschaft stets ausreichenden billigen und ihrer Eigenart angepassten Kredit zur Verfügung zu stellen. Als Spitze des landwirtschaftlichen und anderseits auch des genossenschaftlichen Kreditwesens war im Jahre 1895 die preussische Zentralgenossenschaftskasse, die Preussenkasse, vom Preussischen Staat und von den einzelnen Organisationen gegründet worden. Bei der Preussenkasse sammelte sich Angebot und Nachfrage nach Kapital, in der Pressenkasse wurde der notwendige Ausgleich herbeigeführt.

Die Inflation hatte die Spareinlagen und Eigenkapitalien der Kreditgenossenschaften und der Preussenkasse vernichtet, so dass es nun nicht mehr die Aufgabe der Preussenkasse war, zwischen den einzelnen Genossenschaften zu vermitteln; es handelte sich vielmehr für die Preussenkasse darum, den landwirtschaftlichen und auch den anderen Genossenschaften bei der Reichsbank, den öffentlichen Kassen und auf dem Geldmarkt die notwendigen Kapitalien zu besorgen. Sie wurde aus einem Geldausgleichsinstitut die Hauptkreditquelle der Genossenschaften. Man hoffte, dass es sich nur um Uebergangsjahre handeln und dass es sehr bald wieder möglich sein würde, den landwirtschaftlichen Genossenschaften die benötigten Kapitalien auf Grund der Kapitalbildung in der Landwirtschaft selbst zur Verfügung zu stellen. Doch diese Hoffnung ging nicht in Erfüllung, der genossenschaftliche Kredit konnte nicht auf den in der Landwirtschaft selbst gebildeten Kapitalien aufgebaut werden, die Bemühungen der Genossenschaften um die Wiederauffüllung des Einlagenbestandes zeitigten keine ausreichenden Erfolge, so dass die Preussenkasse und die landwirtschaftlichen Kreditinstitute weiterhin abhängig waren vom allgemeinen Geld- und Kapitalmarkt und sehr hohe Zinsen zahlen bezw. berechnen mussten. Insbesondere der hohe Zins bildete eine grosse Belastung der deutschen Landwirtschaft, er erschwerte die Bemühungen um eine Reorganisation der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

So kam es, dass die Geschichte des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens Deutschlands seit 1924 nicht nur eine Geschichte ständiger Bemühungen um eine Reorganisation, sondern auch eine Geschichte ständiger Sanierungsmassnahmen ist. Auf Einzelheiten dieser vielen Reorganisationen und Sanierungen kann an dieser Stelle nicht weiter

eingegangen werden; es sei nur erwähnt, dass trotz der bestehenden Schwierigkeiten die landwirtschaftlichen Genossenschaften von einer gewissen Schuld dafür nicht freigesprochen werden können, dass ständig neue Reorganisationen und Sanierungen durchgeführt werden mussten. Die Leistungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Nachkriegsdeutschland sind weder zu vergleichen mit denen der landwirtschaftlichen Genossenschaften anderer Länder noch mit denen anderer deutscher Genossenschaftsarten, wie z. B. der Konsumgenossenschaften. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben gewirtschaftet, ohne die organischen und strukturellen Veränderungen der deutschen Wirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Landwirtschaft genügend zu beachten. So hat auch die gegenwärtige allgemeine Krise weit ungünstigere Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften gehabt, als es an sich notwendig war. Es waren einmal die Auswirkungen der Bankenkrise, dann aber vor allem die Preisrückgänge für die Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft, die im Laufe dieses Jahres eine schwere Liquiditäts- und Rentabilitätskrise der landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Folge hatten. Die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften haben Verluste erlitten, die sich zumindestens auf 300 Millionen Mark belaufen. Die Hauptverlustquelle ist selbstverständlich der Osten, wo bei einem Gesamtbetrag aller genossenschaftlichen Kreditengagements von 800 Millionen Mark Verluste von fast 200 Millionen Mark entstanden sind, während westlich der Elbe bei Engagements von 1½ Milliarden Verluste in Höhe von gut 100 Millionen Mark entstanden sind. Diese Riesenverluste können die Genossenschaften aus eigener Kraft nicht tragen; deswegen wird das Reich einspringen und Schatzanweisungen in Höhe von etwa 200 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Ausserdem werden die Verluste durch Abschreibung von Kapital und Reserven der Preussenkasse gedeckt. Die Verluste sind also zum Teil etwas einseitig auf die Preussenkasse abgewälzt worden, für die nach Verlust von Kapital und Reserven eine neue Basis gefunden werden musste.

Somit ist also die Preussenkasse der diesmaligen Krise der landwirtschaftlichen Genossenschaften zum Opfer gefallen. Die Stellung der Preussenkasse ist in den letzten Jahren umstritten gewesen, weil sie bemüht war, mit radikalen Massnahmen die Genossenschaften und die Landwirtschaft zu sanieren und die für die Vorkriegszeit typisch gewesene kreditwirtschaftliche Autonomie wieder herzustellen, wobei die Preussenkasse sich zum Teil mit diesen Massnahmen in Widerspruch setzte zu der offiziellen deutschen Agrarpolitik. Diese Bemühungen hatten 1927, 1928 und auch noch 1929 gewisse Erfolge, aber ab 1930 waren sie vergebens. Bezeichnenderweise erhöhten sich im Laufe des Jahres 1931 die seitens der Preussenkasse bei der Reichsbank aufgenommenen Wechselkredite von 98 auf 328 Millionen Mark. Die Preussenkasse wird jetzt in eine «Deutsche Zentralgenossenschaftskasse» umgewandelt, deren Kapital in Höhe von 100 Millionen Mark im wesentlichen vom Reich und von Preussen neu gezeichnet wird. Die deutsche Zentralgenossenschaftskasse wird der Aufsicht des Reichsministers der Finanzen unterstellt, die Geschäfte der Preussenkasse werden ausser vom Direktorium und der Hauptversammlung auch von einem Ausschuss mitbestimmt, dem 25 Mitglieder angehören, davon sechs Vertreter der landwirtschaftlichen, drei der gewerblichen Genossenschaften und ein Konsumgenossenschaftler, ferner Vertreter des Reiches, Preussens, der Reichsbank und besondere Sachverständige. Somit ist die Preussenkasse in völlig neuem Gewande neu erstanden; ihr stehen schwere Aufgaben bevor; sie wird mit Staatsmitteln die neue Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften durchführen und vor allem darauf bedacht sein müssen, dass die landwirtschaftlichen Genossenschaften endlich die Aufgaben wieder erfüllen, die ihnen zustehen.



Amerikanische Präsidentenwahl und schweizerische Volkswirtschaft.

«Fort musst Du, Deine Uhr ist abgelaufen,» haben die amerikanischen Wähler dem Pechvogel Hoover zugerufen, den sie vor vier Jahren mit Hosianna begrüsst hatten. Damals lebte Amerika des Glaubens, dass es unter Hoovers Führung geradewegs in das kapitalistische Millenium hineinmarschieren würde. Hoover war einer der erfolgreichsten Wirtschaftsführer der Welt, da konnte unter seiner Leitung der Dollarsegen doch kein Ende nehmen. Aber so geschwind, wie die Amerikaner reich werden wollten, konnte es Hoover nicht schaffen, und bei den forcierten Eilmärschen in das Schlaraffenland der ewigen Hochkonjunktur wurde die amerikanische Wirtschaft schliesslich marode und musste ins Spital. Hoovers Versuche, die kranke Wirtschaft wieder gesund zu beten, leisteten nur den Beweis, dass die Methoden der christlichen Wissenschaft auf die Volkswirtschaft nicht anwendbar sind. Die grossen und die kleinen Herren in der amerikanischen Wirtschaft mussten die Erfahrung kaufen, dass kein noch so wohlwollender und gescheiter Präsident ihnen die Früchte ihrer eigenen masslosen Profitgier ersparen kann. Aber kostspielige Erfahrungen sind kein beliebter Artikel in der Welt, und so muss nun einer der besten Präsidenten Amerikas als Sündenbock für die Fehlrechnungen der Wirtschaftsführer in die Wüste wandern.

Leider hat Hoover der Welt auch den Beweis geleistet, dass man mit einem sehr guten Charakter eine sehr schlechte Politik machen kann, und dies hat niemand schmerzlicher erfahren müssen als die schweizerische Volkswirtschaft. Bevor Hoover Präsident wurde, verkauften wir den Amerikanern für etwa 200 Millionen Franken im Jahr. Nach der amerikanischen Statistik soll unsere Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten noch um einige Dutzend Millionen Franken höher gewesen sein, so dass sie ungefähr der amerikanischen Ausfuhr nach der Schweiz gleichgekommen wäre. Nach unserer Handelsstatistik führten wir 1928 etwa für 244 Millionen Franken amerikanische Produkte ein. Aber wir verbrauchen in Wirklichkeit viel mehr amerikanische Waren als unsere Handelsstatistik angibt. Wenn Deutschland uns alljährlich für Millionen Kupferdraht und Kupferwaren verkauft, wenn England uns Baumwollgarn und Baumwollgewebe liefert, so ist bei diesen Waren wohl der grösste Teil der scheinbar von Deutschland und England eingeführten Werte amerikanischer Herkunft. Amerikanische Rohstoffe und Halbfabrikate sind ferner noch in unzähligen andern Waren enthalten, die wir von andern Ländern einführen und

wir dürfen den wirklichen Verbrauch amerikanischer Erzeugnisse wohl um hundert Millionen Franken höher ansetzen, als unsere Statistik angibt.

Die Amerikaner machten also mit uns schon vor dem Hooverschen Regiment ein sehr vorteilhaftes Geschäft, aber sie wollten ein noch besseres machen, sie wollten nur noch an uns verkaufen und am liebsten nichts oder so gut wie nichts mehr von uns kaufen. Mit dem Hooverschen Zolltarif haben sie denn auch erreicht, dass unsere Ausfuhr nach Amerika von etwa 200 Millionen auf 92 Millionen im Jahre 1931 gesunken ist und im laufenden Jahre voraussichtlich nur etwa 60 Millionen erreichen wird. Zwar hat auch die Krise unsere Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten verringert, aber wenn Amerika nur halbwegs liberale Zollsätze hätte, dann könnten wir trotz der Krise sicherlich noch dreimal so viel nach Amerika verkaufen als heute der Fall ist. Unseren Uhrenexport nach Amerika hat Herr Hoover von 65 Millionen im Jahre 1929 auf 13 Millionen im Jahre 1931 herabgedrückt. Wir können es als eine Gewissheit annehmen, dass wir diesem ersten Schweizer auf dem amerikanischen Präsidentensessel etwa 20,000 Arbeitslose und viele Millionen Defizit in unseren privaten und öffentlichen Kassen verdanken.

Doch wenn Amerika uns gegenüber auch die schlechteste Handelspolitik betreibt und ganze Industrien in der Schweiz brutal an die Wand drückt, so hat es eigentümlicherweise doch fast die beste Presse in der Schweiz, die der amerikanischen Zollpolitik auch die ärgsten Rücksichtslosigkeiten mit einer milden Gelassenheit vergilt. Die Holländer und die Skandinavier haben gegen die deutsche Zollpolitik einen Boykott entfesselt, der Berlin sehr schnell zu einem vernünftigen Einlenken gebracht hat, aber wir können dieses Beispiel unchristlicher Rachsucht nicht nachahmen, denn es würde manche üppig grünende Inseratenplantage in unserem Lande zum Verdorren bringen. Und so sorgt denn die einflussreiche Gesellschaft der Schweizerfreunde der U. S. A. dafür, dass die herzliche Freundschaft zwischen der schweizerischen und der amerikanischen Demokratie erhalten bleibt, auch wenn sich diese Freundschaft zu einem sehr einseitigen Geschäft entwickelt.

Ob sich dieses Geschäft unter dem neuen Präsidenten bessern wird, ist noch nicht über jeden Zweifel erhaben. Die Optimisten haben Herrn Roosevelt bereits zu einem Freihändler gestempelt, der uns wahrscheinlich auch ohne unser Zutun von den Zollfesseln erlösen wird, was gewissen Leuten sicherlich einen schweren Stein vom Herzen nehmen würde. Aber es scheint in Amerika eine ganz aparte Sorte von Freihandel zu geben, denn der erste Punkt im Zollprogramm des Herrn Roosevelt erhebt die Forderung: «Die Landwirtschaft muss auf dem Binnenmarkt denselben Zollschutz geniessen wie die Industrie», und wenn Herr Roosevelt diesen neumodischen Freihandel durchführt, dann können unsere Käseexporteure Trauerkleider anlegen. Wir müssen uns dann damit trösten, dass Amerika auch unter dem neuen Präsidenten ein Hort des Weltfriedens bleibt und Kriegsmaterial an Japaner und Chinesen nur gegen Barzahlung verkauft. Und wenn Herr Roosevelt sich ferner an den bewährten Grundsatz hält, dass die Welt mit schönen Worten betrogen sein will, dann wird ein freundliches Echo auch aus dem Lande der Eidgenossen nicht ausbleiben.

Die zweite schweizerische Wirtschaftskonferenz.

Am Dienstag Nachmittag trat im Ständeratssaal in Bern die zweite von Vertretern der Wirtschaftsverbände besuchte Schweizerische Wirtschaftskonferenz zusammen. Die Grundlage der Beratungen bilden die Berichte der vier bestellten Kommissionen. Diese Berichte betreffen Untersuchungen über Nahrungsmittelpreise, Fleischpreise, Mieten und Baukosten. Im Folgenden seien kurz die Hauptergebnisse der Untersuchungen zusammengefasst:

1. Nahrungsmittelpreise.

Die Kommission für Nahrungsmittel musste sich auf allgemeine Feststellungen beschränken. Die in die Untersuchung einbezogenen Artikel zeigen, dass die Margen zwischen Gross- und Kleinhandel mehrheitlich nicht als übersetzt gelten können. Eine Anpassung an die gesunkenen Weltmarktpreise ist grösstenteils erfolgt.

Bezüglich der Markenartikel wurde festgestellt, dass grosse Preisdifferenzen bestehen zwischen den Artikeln der Markenfirmen und gleichwertigen Produkten des freien Handels. Eine Ueberzahlung der Markenartikel liegt in diesen Fällen zweifelsfrei vor.

Um die Anpassungsfähigkeit des Handels an die veränderten Marktverhältnisse zu erleichtern, sollte eine zweckmässigere Organisation der Nahrungsmittelverteilung, Ausschaltung preisverteuernder Gewohnheiten und Bequemlichkeiten des Handels und der Konsumenten erfolgen. Auch sollen gesetzliche Massnahmen ins Auge gefasst werden.

2. Fleischpreise.

Die Kommission hebt hervor, wie gleichartig sich die Einkaufspreise für die Metzger in der ganzen Schweiz gestalten. Wenn sie auch nicht so uniform sind, dass sie gleiche Fleischpreise rechtfertigen, so bedingen sie auf alle Fälle nicht die grossen tatsächlichen Verschiedenheiten. Bei aller Berücksichtigung der verschiedenen Einkaufsverhältnisse sind die Verkaufsergebnisse in bestimmten Gegenden im Vergleich zu andern überraschend hoch.

Preisrückgänge für Vieh können sich nicht ziffernmässig im gleichen Umfang in die Fleischpreise umsetzen. Die Lohnaufwendungen machen in Grossbetrieben bis 60 Prozent und mehr der Gesamtunkosten aus, im Mittel 27 bis 39 Prozent. Die Ansprüche der Kunden (Kundenbedienung ins Haus) tragen zur Verteuerung des Fleisches bei.

Eine billigere Fleischversorgung der Bevölkerung kann gefördert werden durch weitgehende Preisgliederung nach Qualität der Stücke, ausreichende Preisabstufung zwischen den einzelnen Tiergattungen, Aufklärungsaktion der Konsumentenschaft über die Verwendbarkeit und ökonomischen Vorteile der minderbegehrten Fleischstücke, entschlossenes Mitgehen der Metzgerschaft in dieser Aufklärungsarbeit.

3. Mietzinse.

Zurzeit steht der Index der Mieten (September 1932: 187) ganz wesentlich über jenem der übrigen Ausgabengruppen. Das Mietpreisniveau in den

billigeren Vorkriegshäusern hat sich nahezu vollständig jenem der teuren Neubauten angeglichen.

Die örtlichen Unterschiede im Mietindex sind gross. In drei Städten stand er im Mai 1932 höher als 200 Prozent der Vorkriegsmieten. In sieben Städten dagegen unter 150 Prozent. Die Mehrzahl (17 Stadtgemeinden) haben einen Mietindex zwischen 150 und 200.

Als Faktoren für die Mietpreisbildung kommen vor allem die Hausbesitzlasten in Betracht. Hier wird festgestellt, dass die Senkung der Hypothekarzinsen (auf die etwa 70—75 Prozent aller Hausbesitzlasten entfallen) eine namhafte Senkung der Mieten im allgemeinen bereits ermöglicht hätte.

Unter den 20—25 Prozent übrigen Hausbesitzlasten spielen die Reparaturen eine wichtige Rolle. Die Reparaturkosten sind unverhältnismässig hoch und bisher vom Preisabbau unberührt geblieben.

Die Ueberteuerung der Mieten ist wohl zum Teil auch eine Folge der gestiegenen Wohnansprüche. In einer Krisenperiode übersteigt dieser forcierte «Wohnluxus» die Mittel und auch die eigentlichen Bedürfnisse einer Grosszahl der Konsumenten.

Die Kommission war einhellig der Auffassung, dass dank dem allgemeinen Preisrückgang und dem wachsenden Leerwohnungsbestand die Mietpreise in der Schweiz «im allgemeinen ohne besonderes Hinzutun, jedoch nur langsam» zurückgehen werden. Es werden jedoch gewisse Eingriffe empfohlen, vor allem aus der Befürchtung, der Rückgang der Mietzinse könnte durch ein starkes Nachlassen der Bautätigkeit hintangehalten werden. Es wurden folgende Massnahmen vorgeschlagen: Dauernd im Gesetz verankerter Mieterschutz, lokale Mietzinskommissionen, Aufklärung der Hausbesitzer, Regulierung des Wohnungsmarktes durch Förderung des kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbaues, dezentralisierte Wohnweise, Senkung der Hypothekarzinsen, Herabsetzung der Reparaturkosten, Bekämpfung einer übertriebenen Wohnungsausstattung, Bekämpfung der Liegenschaftsspekulation.

4. Baukosten.

Hier besteht durch die mannigfachen technischen Fortschritte die Gefahr übergrosser Investition. Die Löhne sind an den reinen Baukosten eines Wohnhauses etwa mit 40 bis 50% beteiligt. Sie sind seit 1914 stark gestiegen. Für die Lohnindices der Bauarbeiter ergibt sich für 1931 ein arithmetischer Durchschnitt von 244, gegenüber einem Gesamtbaukostenindex von 150. Die Kommission schlägt folgende Massnahmen vor: Ueberprüfung der kommunalen und kantonalen Bauvorschriften im Sinne der Anwendung einer einfachen Bauweise, Studium des Baues von einfachen, preiswerten und dem Klima angepassten Wohnhäusern, event. Erwerbung von Grundstücken durch die Gemeinden, möglichst rationelle Verteilung der Baukredite über das ganze Jahr zur Ausgleichung des Beschäftigungsgrades, Vermeidung allzu grosser Verschiedenheiten in der Bauart, zweckmässige Organisation der Arbeitsausführung.



Kreiskonferenzen

Kreisverband IXa. Sonntag, den 30. Oktober 1932, hielt der Kreisverband IXa seine ordentliche Herbstkonferenz im Gasthaus zum «Schiffli» in Murg ab. 70 Delegierte haben dem Rufe des Vorstandes Folge geleistet. Ferner waren anwesend sechs Vorstandsmitglieder, vom V. S. K. die Herren Dr. Schär, Vizepräsident der Verwaltungskommission, und Domeisen, und vom Konsumgenossenschaftlichen Frauenbund der Schweiz dessen Präsidentin, Frau Münch, Basel. Nicht vertreten waren fünf Vereine. Die eigentlichen Haupttraktanden waren ein Referat von Herrn Dr. Osk. Schär über: Die Krise und die Konsumvereine, und ein solches von Frau Münch über die Frage: Was will der Konsumgenossenschaftliche Frauenbund der Schweiz? 9 Uhr 30 eröffnete der Präsident Herr Rud. Störi, Hätzingen, mit einer herzlichen Begrüssung der Delegierten. Ebenso herzlich begrüsst er Frau Münch. Herr Störi konstatiert in seinem gewohnten Rückblick über das verflossene Halbjahr, dass die Krise leider noch in unverminderter Schärfe existiere und ihren Höhepunkt wahrscheinlich noch nicht erreicht habe. Ganze und blühende Landesteile sind in düsterem Elend und sehen immer noch einer ungewissen Zukunft entgegn. Nie wie jetzt sei gegenseitige Unterstützung notwendig. Wir tagen wieder in der Zeit der Schweizerwoche. Da sei es vaterländische Pflicht aller, den Schweizerwaren den Vorzug zu geben, denn diese seien gut und preiswert. Es werden immer noch zu viele ausländische Waren gekauft; er betrachte es als ein Gebot der Selbthilfe, schweizerische Waren zu kaufen. Schweizerware kaufen, heisse Arbeit schaffen. Es gereiche dies auch den Konsumvereinen zum Vorteil. Dringend appelliert er an die Delegierten und deren Frauen, nur Inlandware zu kaufen. In bezug auf das Genossenschaftswesen können wir noch zufrieden sein, indem eine grosse Anzahl Vereine trotz der Krisenzeit noch ganz ansehnliche Mehrumsätze an Geld oder Waren aufweisen können. Wir wollen auch ferner auf das Zutrauen der Mitglieder bauen, gerne hoffend, dass es mit dem Genossenschaftswesen weiter aufwärts gehe. Dann ruft Herr Störi das Genossenschaftliche Seminar in Erinnerung und empfiehlt dasselbe der finanziellen Unterstützung der Vereine. Uebergehend zum Bericht über die Revisionen der Vereine durch die Treuhandabteilung des V. S. K. führt der Präsident aus, dass er mit Genugtuung mitteilen könne, dass diese Berichte mit wenig Ausnahmen günstig seien. Betreffend Eigenkapital und Fremdkapital sollte das Verhältnis bei einzelnen Vereinen noch besser gestaltet werden. Zu den Warenvorräten ist zum grössten Teil gleich viel oder mehr abgeschrieben worden. Einige wenige Vereine haben etwas weniger abgeschrieben. Er legt diesen ans Herz, ihr Warenlager genügend abzuschreiben, um bei weiterem Preisrückgang gerüstet zu sein. In bezug auf die Ausstände sei zu bemerken, dass einige Vereine weniger, andere dagegen etwas mehr aufweisen. Letzterer Umstand könne der allgemeinen Misere zugeschrieben werden; doch sei gerade jetzt beim Kreditgeben die grösste Vorsicht walten zu lassen. In bezug auf Zahlungsbereitschaft, Sicherheit für die angenommenen Spargelder und gute Geschäftsführung sei zu sagen, dass alles bis auf wenige Ausnahmen vorhanden sei. Er hoffe, die Vorstände

der schwachen Vereine werden sich bestreben, ihre Vereine auf die Höhe zu bringen. Zum Schluss spricht er die Hoffnung aus, die heutige Konferenz möge dazu beitragen, den genossenschaftlichen Geist zu stärken und diese Gedanken zu vertiefen. Er appelliert an ein treues Zusammenhalten. Meinungsverschiedenheiten dürfen nicht zu Störungen führen. Als Stimmenzähler werden ernannt die Herren Gafafer, Azmoos, Hösli, Netstal, und Landrat Blumer, Schwanden. Das Protokoll der letzten Kreiskonferenz wird verlesen, genehmigt und bestens verdankt. Da infolge ungünstiger Zugsverbindung der Referent zu Traktandum 3 noch nicht anwesend ist, hält Frau Münch, Basel, ihr Referat über die Frage: Was will der Konsumgenossenschaftliche Frauenbund der Schweiz? Sie dankt zuerst dafür, dass sie an unserer Konferenz sprechen dürfe. Zuerst erläutert sie die Entwicklung der Frauenbewegung im Genossenschaftswesen. Es haben schon früher Frauenkommissionen bestanden, seien aber am Mangel an richtiger Führung eingegangen. Erst als Herr Dr. B. Jaeggi Richtlinien aufgestellt habe, sei es besser geworden. Man musste grosse Propaganda machen, um diese Kommissionen über Wasser zu halten. Die Notwendigkeit habe sich gezeigt, diese zusammenzufassen. An der Delegiertenversammlung in Olten sei dann der K. F. S. gegründet worden. Als Hauptwerbegebiet betrachte sie die Kreiskonferenzen, weil dort die Verwalter und Vorstandsmitglieder beisammen seien. Heute bestehe der Bund aus 25 Kommissionen mit 100 Mitgliedern und 170 Einzelmitgliedern. Die Aufgabe der Frauenkommissionen bestehe hauptsächlich in Werbearbeit, in Propaganda von Frau zu Frau. Herr Dr. Jaeggi unterstütze die Bewegung. Durch das Entgegenkommen des A. C. V. Basel, dessen Propagandasekretär die Bureauarbeiten besorge, werde ihnen die Arbeit sehr erleichtert. Die Hauptaufgabe der Kommissionen bestehe darin, jedes Genossenschaftsmitglied zur wirklichen Genossenschafterin zu erziehen und den Frauen klar zu machen, was eine Genossenschaft ist, ihnen den Unterschied zwischen Genossenschaftsladen und Privatladen vor Augen zu führen. Hiezu brauche es Sammlung der Frauen, man müsse sie überzeugen, dass die Genossenschaft nötig sei. Durch Veranstaltung von hauswirtschaftlichen Kursen könne dies geschehen. Dort können zwischen hinein diese Fragen besprochen werden. Ueber die grosse Frage des Geschenkunwesens müsse die Frau ebenfalls aufgeklärt werden. Dann sei ihr die Marke «Co-op» zu empfehlen. Hier müsse man den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen. Der V. S. K. wolle die Marke «Co-op» aufbringen. Dies sei aber nur möglich, wenn alle Frauen aufgeklärt seien. Dann nehme der Bund den Kampf auf gegen das Kreditunwesen. Unsere Frauen sollen von diesem Umfug befreit werden. Dies sei ungefähr das Programm, das der K. F. S. aufgestellt habe. Aber zu dessen Verwirklichung bedürfe es der Verwalter und Vereinsvorstände. Die Konkurrenz bilde in aller Stille ebenfalls solche Propagandagruppen. Es sei Pflicht aller Vereine, solche Frauenkommissionen zu gründen. Damit deren Arbeit kontrolliert werde, sei der K. F. S. da. Von dort aus erhalten sie Material zur Anregung. Die bestehenden Kommissionen fassen ihre Aufgabe verschieden auf. Hauswirtschaftliche Kurse, Theater, Kostproben von Backwerken, Tee und «Co-op»-Artikeln. Dabei können die Genossenschafterinnen aufgeklärt werden. Ein Mitglied der Frauenkommission Rapperswil habe ein schönes Theaterstück verfasst, das allen Kommissionen zugesandt worden sei. Die Frauen wollen auch mithelfen, das grosse Werk zu vollbringen; denn auch in der Schweiz komme die Hoffnung auf bessere Verhältnisse durch das Genossenschaftswesen.

Die Referentin wird durch grossen Beifall belohnt. Präsident Störi verdankt die Ausführungen. Die Diskussion wird erst später benutzt. — Inzwischen sind Herr Dr. Schär und Herr Domeisen eingetroffen und werden vom Präsidenten herzlich begrüsst.

Herr Dr. Schär spricht nun über das Thema: Krise und Konsumvereine. Er führte etwa folgendes aus: Dass die Krise bestehe, sei zu bedauern; aber wir von uns aus können nichts ändern. Wenn diese nicht weiter gehe, können wir noch zufrieden sein. Man frage sich, wie man sich wehren könne. Bei der Krise von 1920 an mussten viele Vereine saniert werden. Seither sei es nun gut gegangen. Nun gehen aber die Preise stets zurück. Ein zügiges Schlagwort sei: Billige Lebensmittel. Diese Frage habe nun zwei Seiten. Auf der einen ein Vorteil für den Konsumenten, auf der andern einen Nachteil für den Verein. Wenn er grosse Lager habe, entstehen Verluste. Von sich aus kann kein Verein allein die Preise hochhalten, er muss sich anpassen. Nun aber, wenn die Preise sinken, müssen auch die Spesen sinken. Wenn das nicht der Fall sei, gehe es zu Lasten des Vereins. Die Verwaltungskommission habe ein Zirkular erlassen, worin Ratschläge erteilt wurden. Dasselbe wurde aber nicht gelesen. Aus dessen Inhalt folgert er, dass wenn der Umsatz sinke, auch die Spesen zurückgehen müssen. Nun gestalte sich die Sache an jedem Ort anders, darum solle man diese Frage überall prüfen. Am besten wäre es natürlich, den Umsatz zu erhöhen und die Spesen zu senken. Ein gutes Mittel zur Hebung des Umsatzes seien die Frauenkommissionen. Dann könne dieser durch Einführung neuer Artikel ebenfalls gehoben werden, ebenso durch Mitgliederanwerbung. Man solle sich nicht scheuen, zu den Leuten zu gehen. Aber die Mitgliederanwerbung solle sich den örtlichen Verhältnissen anpassen. Der wichtigste Punkt sei allerdings die Reduktion der Spesen. Dann erläutert der Referent das Gebaren einer gewissen Konkurrenz. Diese klage die Vereine an, sie seien nicht leistungsfähig. Diese Konkurrenz hätte nie aufkommen können, wenn der Verband nur ein Verein wäre. Nun aber seien es weit über 500 mit ganz verschiedenen Verhältnissen. Dann müsse zugegeben werden, dass bei den Vereinen viel Eigenbrödelei herrsche. Die Preisbildung sei ungleich, einerseits durch die Verwalter, anderseits bedingt durch die Konkurrenz. — Es würde zuweit führen, das ganze Referat hier wiederzugeben. Ein Punkt sei noch herausgegriffen, der des Lohnabbaues. Der Referent führte aus, dass wir nicht vorangehen wollen, aber man könne auch nicht im voraus sagen, dass er nicht komme. Empfehlen wollen wir ihn nicht. Am einen oder andern Ort können die Spesen auf andere Weise erniedrigt werden. Ein gewisser Nachteil in unserer Bewegung sei die Beschäftigung von untüchtigem Personal. Mit gutem Herzen könne man kein grosses Geschäft leiten. Mit dem Kreditieren sollen die Vereine vorsichtig sein. Für Entfaltung einer guten Propaganda werde der Verband gerne Hand bieten, sei es durch Verteilung des «Gen. Volksblattes», sei es durch Ausgabe von Flugblättern etc. Trotzdem beim weitern Andauern der Krise Schwierigkeiten zu erwarten seien, habe er doch die Zuversicht, dass es gut gehen werde, wenn alles treu zusammenhalte. Der

V. S. K. sei bereit, den Vereinen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Dem Referenten wird anhaltender Beifall zuteil. Präsident Störi verdankt die Ausführungen. In der anschliessenden Diskussion wird zu beiden Referaten lebhaft Stellung genommen. Herr Landrat Blumer, Schwanden, bekennt sich als Freund der Frauenkommissionen und ersucht die Delegierten, der Gründung solcher nichts in den Weg zu legen. Die Frauen gehören nicht nur ins Haus, sondern auch in die Vereine. Er ist gegen den Lohnabbau. Die Frauenkommissionen sollen mitarbeiten. Man wolle diese Frage wohlwollend prüfen. Herr Meier, Glarus, wünscht Vertiefung der Genossenschaft. Man müsse das Zutrauen erwerben. Er ist sehr dafür, dass die Vereine ihre Bezüge ausschliesslich durch den V. S. K. tätigen; nur wünscht er billigere Preise. Die Konkurrenz offeriere sehr oft billiger. Dann solle der V. S. K. mehr für die Konsumenten einstehen. Auch solle er gegen den Lohnabbau Stellung nehmen und für die Krisensteuer arbeiten. Herr Zweifel, Schwanden, führt aus, wir seien selber schuld, wenn die Konkurrenz billiger liefere. Wenn alles beim V. S. K. bezogen würde, wären die Verhältnisse noch günstiger. Die grosse Konkurrenz sehe auch nicht auf örtliche Verhältnisse. Wir sollten uns doch einmal entschliessen, alles beim V. S. K. zu beziehen. Auch er ist ein Freund der Frauenkommissionen, glaubt aber, dass deren Gründung sehr schwierig sei. Auch die vom Referenten angetönte Dezentralisation der Warenlager würde er begrüssen. Diese kämen den Vereinen sehr gut zu statten. So könnten diese rascher mit frischem Gemüse und Südfrüchten beliefert werden. Er ermuntert die Verwaltungskommission, sich zu diesem Schritt zu entschliessen. Die Frage des Lohnabbaues möchte er nicht in die Genossenschaft bringen; sie sei zu politisch. Die Vereine seien in schwerer Zeit von Arbeitern gegründet worden. Aber die Mitgliedschaft habe sich nicht auf diese beschränkt. Bauern, Handwerker und Fabrikanten halten mit. Man müsse sich in acht nehmen. Solche Fragen sollen nicht in den Vereinen aufgerollt werden. Berücksichtigt den V. S. K., dann wird er stark. Präsident Störi warnt davor, Politik in die Vereine zu bringen. Er wünscht vollständige politische Neutralität. Herr Margadanz, Lachen, ist ebenfalls gegen den Lohnabbau und hofft, dass der V. S. K. denselben nicht vornimmt. Er kann nicht verstehen, dass Herr Störi von Politik spricht. Herr Hösli, Glarus, erklärt, dass es wahr sei, dass eine gewisse Konkurrenz die Sympathie der Konsumenten besitze. Er findet, dass ein Lohnabbau nicht zu umgehen sei, wenn man billiger verkaufen wolle. Er habe die Auffassung, dass der V. S. K. billiger liefern könne.

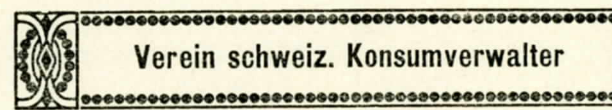
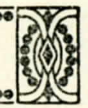
Frau Münch stellt richtig, dass sich die Frauen besser eignen zur Propaganda als die Männer. Mit Takt und Gefühl bringe man es fertig. Durch die vielen Markenartikel entstehen grosse Lager. In dieser Beziehung könnten wir von den Einheitspreisgeschäften viel lernen.

Herr Dr. Schär antwortet auf die gefallenen Voten. Man müsse die Ueberzeugung aufbringen, der Mensch wolle nun einmal frei sein. Zur Frage des Lohnabbaues sagt er, dass wir auch in die Lage kommen können, es zu tun. Man hätte im Bund noch etwas zuwarten können. Aber einmal werde der Lohnabbau doch kommen. Man werde im Verband sich hüten, hier einzugreifen, ebenso bei der Krisensteuer. Es stimme nur bedingt, dass die Vereine nur von Arbeitern gegründet worden seien. Ueberall sei von der andern Seite mitgearbeitet worden. Ein Verein, der sich nur auf eine Volksklasse stütze, sei nicht lebensfähig. Er wundere sich, dass man in Glarus auf einmal mit Politik auftrete. Ueber die Preise des V. S. K. sagt er, die Grossisten können billiger offerieren, nachdem sie im «Bulletin» die Offerten des V. S. K. gelesen hätten. Herrn Hösli erwidert er, gerade die kleinen Vereine können froh sein über den V. S. K., hauptsächlich wegen der billigen Preise. Die Konkurrenz verwende eben einige Artikel als Lockvögel. Dann empfiehlt er den Bezug der billigen Artikel des V. S K.

Als nächster Versammlungsort käme Lachen in Frage. Der dortige Verein wünscht aber Uebernahme erst im nächsten Herbst, um das 25-jährige Jubiläum gleichzeitig damit verbinden zu können. Gewählt wurde Azmoos.

In der allgemeinen Umfrage verdankt Herr Margadanz die Verschiebung der Reihenfolge des Konferenzortes. Er verlangt darüber Auskunft, wie die Genossenschaft für Möbelvermittlung ihre Aufträge verteilt. Herr Dr. Schär nimmt die Anfrage entgegen und verspricht, an der nächsten Konferenz darüber zu berichten.

Zum Schluss ermahnt Präsident Störi nochmals: Meinungsverschiedenheiten dürfen nicht zu Störungen führen. Dem erkrankten Vorstandsmitglied B. Blumer wird gute Genesung gewünscht. Wir möchten nicht unterlassen, dem Gasthaus zum «Schiffli» das gute Mittagessen, der Musikgesellschaft Murg ihre flotten Darbietungen und dem Konsumverein Murg die gute Durchführung der Konferenz ebenfalls zu verdanken. G. M.

Verein schweiz. Konsumverwalter

Diese Organisation, die in letzter Zeit eine rege Tätigkeit entfaltet, hat in verschiedenen Diskussionsversammlungen sich mit den aktuellen Tagesfragen beschäftigt.

Am 2. Oktober im Hotel Krone in Winterthur und am 5. Oktober im Hotel Merkur in Olten wurden folgende Gegenstände behandelt:

1. Die Genossenschaftsbewegung und die Weltwirtschaftskrise;
2. Genossenschaftliche Tagesfragen.
3. Allgemeines über Ernährung und Lebensmittel.

Der Präsident, Hans Rudin, Zürich, hielt die einleitenden Referate und berührte in seinen Ausführungen eine ganze Anzahl Fragen, die uns heute beschäftigen. Dem anwesenden Vertreter der Abteilung Landesprodukte des V. S. K., Dr. L. Müller, ward Gelegenheit gegeben, seine Kollegen von den Schwierigkeiten namentlich im Handel von Früchten in Kenntnis zu setzen. Die Konsumverwalter aus den verschiedenen Gegenden und als Sprecher der grössern und kleinern Konsumvereine wünschen einen bessern Ausbau dieser Abteilung, damit auch die von den Verteilungsstellen entfernteren Vereine sich mit dem Handel von Landesprodukten mit Erfolg befassen können.

Herr Rudin sprach namentlich einer rationelleren Warenvermittlung bei unsern Verbandsvereinen das Wort und empfahl speziell die Fragen der Propaganda und Reklame der Beachtung der Konsumverwalter. Im heutigen Existenzkampf, bei dem der private Handel nichts unterlässt, um seine Positionen halten oder verbessern zu können, dürfen auch wir nichts unterlassen, das dazu beiträgt, unsere Konsumentenorganisationen zu kräftigen und weiter zu entwickeln.

Dr. Pritzker, Chemiker des V. S. K., hielt in bekannt leicht verständlicher Weise einen Vortrag, während welchem er die Verwalter in verschiedene Geheimnisse der Chemie auf dem Gebiete der Ernährung und der Zusammensetzung der Lebensmittel einführte.

Am 27. Oktober versammelten sich die Kollegen der Vereine des Kreisverbandes I (Kantone Genf, Waadt, Wallis deutsch und Freiburg) in Payerne.

Auf der Tagesordnung standen:

1. Bericht über die Tätigkeit des Vereins schweizerischer Konsumverwalter.
2. Die Konsumgenossenschaften in der gegenwärtigen Krise.

M. Sax, Orbe, Aktuar des Verwaltervereins, gab einen kurzen Ueberblick über die wichtigsten Begebenheiten innerhalb des Verwaltervereins, der dieses Jahr ebenfalls auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken kann und mit 39 Mitgliedern im Jahre 1907 heute deren 215 zählt.

In anerkennenden Worten erwähnte er die Verdienste des Kollegen J. Flach in Winterthur, der den Verein schweizerischer Konsumverwalter von der Gründung an bis zum Jahre 1915 leitete und auch dem gegenwärtigen Vorstande noch als Vizepräsident angehört.

Sax ersuchte alle dem Verein noch fernstehenden Verwalter, ihren Beitritt zu erklären, um somit dieser Berufsorganisation zu ermöglichen, mit immer mehr Erfolg ihre Tätigkeit im Interesse der Gesamtbewegung weiter verfolgen zu können.

Herr M. Maire von der Verwaltungskommission des V. S. K., wusste seinen Kollegen in einem sehr interessanten Vortrage viele nützliche Winke mit auf den Weg zu geben. Er behandelte einlässlich die wichtigsten Tagesfragen und erbrachte den Beweis, dass es eine absolute Notwendigkeit jedes einzelnen Verbandsvereins sei, sich immer mehr an die Gesamtorganisation zu halten und seine Einkäufe möglichst zu konzentrieren.

Den Abschluss dieser Tagung bildete der Besuch der Zuckerfabrik Aarberg. Mit grossem Interesse verfolgten die Teilnehmer die verschiedenen Fabrikationszweige, die uns von der Zuckerrübe bis zum Fertigfabrikat führten. Die nach dem Rundgange den Verwaltern erwiesene Aufmerksamkeit wurde der Direktion der Zuckerfabrik speziell verdankt.

Die Verwalter des Kreisverbandes II des V. S. K. versammelten sich auf Veranlassung des Kreisvorstandes bereits am 19. September in Prêles sur Glérosse, wo ebenfalls aktuelle Tagesfragen behandelt wurden. Die einführenden Referate hielten die Herren Maurice Maire, von der Verwaltungskommission, und Ch.-U. Perret, Präsident des Kreisverbandes II.

Am 22. Oktober endlich erfolgte in Basel auf Initiative des Vereins schweizerischer Konsumverwalter die Gründung der Arbeitsgemeinschaft sämtlicher dem V. S. K. angeschlossener Konsumgenossenschaften mit eigenen Kaufhäusern oder Spezialabteilungen für Schuhe, Manufakturwaren oder Haushaltartikel.

Wir verweisen hier auf die in den beiden letzten Nummern des «Schweiz. Konsum-Verein» erschienenen Berichte. M. S.




Genossenschafts-Chronik

Belgien. Die Société coopérative fédérale de Belgique, der Verband der nichtsozialistischen Konsumgenossenschaften Belgiens, gibt folgende Zahlen über die Entwicklung seiner Verbandsvereine im Jahre 1931 und — vergleichsweise — 1930:

	1931	1930
Zahl der Vereine . . .	49	49
Zahl der Mitglieder . . .	155,883	145,835
Warenumsatz	330,975,992	347,861,371
Verkaufsstellen	99	88
Angestellte	1,838	1,655
Reserven	15,908,988	13,164,571
Rückvergütungen . . .	33,872,541	33,613,042

Der erzielte Fortschritt darf als sehr befriedigend betrachtet werden.

Dänemark. Die vor kurzem durch die dänische Grosseinkaufsgesellschaft erworbene und bereits auf die doppelte Kapazität umgestellte Dampfmühle in Vejle soll eine weitere Vergrösserung durch Anbau einer besonderen Mühle für die Herstellung von Hafer- und Gerstengrütze mit einer jährlichen Kapazität von rund 3000 Tonnen Hafer- und 1600 Tonnen Gerstengrütze erfahren. Die Baukosten werden mit 400,000 Kronen berechnet.

Deutschland. Weiterer Fortschritt der «Volksfürsorge». Die Gesamtzahl der von der Gewerkschaftlich - Genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft «Volksfürsorge» erhaltenen Anträge für Lebensversicherungen während der ersten acht Monate dieses Jahres betrug 106,712 mit einem Totalwert von 38,574,000 Mark. Keine andere Versicherungsgesellschaft in Deutschland kann zurzeit eine so ausgiebige Liste neuer Policen aufweisen. Die Gesamtzahl der von der «Volksfürsorge» bis zum 31. Dezember 1931 ausgefertigten Policen stellte sich auf 2,261,674 mit einem Totalwert von 838,7 Millionen Mark.

Tschechoslowakei. Am letzten Verbandstag des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften und des Gec-Verbandes wurde zur Bekämpfung des Kredithandels folgender Beschluss gefasst:

«Um zu verhüten, dass durch die Borgwirtschaft den Genossenschaften Verluste erwachsen und um den genossenschaftlichen Grundsatz der Barzahlung zu wahren, ist ein planmässiger Abbau der Aussenstände durchzuführen. Die Kreisverbände setzen im Einvernehmen mit den Kreisverbänden ein innerhalb Jahresfrist erreichbares Ziel fest und bestimmen die Massnahmen, die zu seiner Erreichung notwendig sind.»



Aus unserer Bewegung



Lyss. Die Mitglieder der Konsumgenossenschaft Lyss versammelten sich am letzten Samstag, den 22. Oktober, abends, ziemlich zahlreich im Saale des Restaurant Rössli zur Entgegennahme des Jahresberichtes und der Rechnung für das abgelaufene Geschäftsjahr, sowie Beschlussfassung über Verteilung des Betriebsüberschusses. — Trotz der herrschenden Krise war das Ergebnis in allen Teilen befriedigend. Wenn auch der Umsatz gegenüber dem früheren Jahr zahlenmässig um ca. 4% zurückgeblieben ist, so sind doch fast in allen Warengattungen quantitativ erhebliche Mehrumsätze zu verzeichnen, die bei gewissen Artikeln 20—30% ausmachen, so dass in Wirklichkeit ein bedeutender Mehrumsatz erreicht wurde. Demgegenüber ist in der Bäckerei eine Mindererzeugung an Brot zu verzeichnen. Die Konsumgenossenschaft Lyss bewegt sich ununterbrochen in vorwärtsschreitender Entwicklung, was jedenfalls als bestes Zeugnis ihrer Leistungsfähigkeit angesprochen werden kann.

Der Genossenschaft waren auf Ende des Geschäftsjahres 756 Mitglieder angeschlossen. 46 Neueinaritten stehen 35 Austritte infolge Wegzug und Streichung gegenüber. Der Totalumsatz beläuft sich auf Fr. 414,971.05 gegen Fr. 432,348.15 im Vorjahre. Der Durchschnittsbezug pro Mitglied beträgt Fr. 550.—. Wenn auch das Gesamtergebnis befriedigt, so ist doch aus diesem Durchschnittsbezug ersichtlich, dass für die K. G. Lyss noch ein grosses Tätigkeitsfeld offen steht, wenn anderseits in Betracht gezogen wird, dass eine grosse Zahl Mitglieder Bezüge von Fr. 1000.— bis Fr. 3000.— aufweisen, darunter auch solche mit kleinen Familien, was jedenfalls nicht zu deren Nachteil ist. — Vom Verband schweiz. Konsumvereine wurden für Fr. 273,381.14 Waren bezogen; d. h. 87,6% des Gesamtbedarfes.

Der Nettoüberschuss beträgt Fr. 45,599.01 und gestattet, nachdem die Reserven mit Fr. 6000.— und diverse Zweckfonds mit Fr. 3500.— gespiesen wurden, eine Rückvergütung von 9%. In Anbetracht der gegenwärtigen schwierigen Verdienstmöglichkeit bedeutet diese Rückvergütung für viele eine willkommene Hilfe, ganz besonders für diejenigen, die ihre Kaufkraft ganz der Genossenschaft zugewendet haben.

In der Bilanz figurieren auf der Aktivseite als Hauptposten: Bankguthaben Fr. 450,203.81; Warenvorräte Franken 43,803.24; Liegenschaften Fr. 151,500.—, nach einer Abschreibung von Fr. 4500.—; Beteiligungen Fr. 28,000.—; Transitoren Fr. 7749.25. Die Mobilien stehen mit Fr. 1.— zu Buch. Als Hauptposten auf der Passivseite sind zu erwähnen: Anteilscheine Fr. 12,504.05; Depositen Fr. 485,393.10; Reserven Fr. 68,000.—; Hypotheken Fr. 50,000.—; diverse Verpflichtungen, Kautionen etc. Fr. 20,708.39 und Nettoüberschuss Fr. 45,599.01.

Aus der Unkostenrechnung sei erwähnt, dass an Staats- und Gemeindesteuern Fr. 4865.50 bezahlt wurden, was beweist, dass die K. G. Lyss einen beachtenswerten Teil an den Fiskus abliefert. An Löhnen wurden Fr. 38,000.— ausgerichtet. Auch der arbeitslosen Mitglieder wurde gedacht; denn es wurden im Rechnungsjahr für Unterstützungen eine Summe von über Fr. 1000.— aufgewendet.

Die Rechnung wurde nach einem ausführlichen Bericht von Verwalter Schneiter und einem empfehlenden Bericht der Rechnungsprüfungskommission einstimmig genehmigt und den Genossenschaftsbehörden Decharge erteilt. Eine Anregung, es möchte von der Rückvergütung ½% abgezogen und für ausgesteuerte arbeitslose Mitglieder verwendet werden, wurde vom Verwaltungsrat in dem Sinne entgegengenommen, dass auch dieses Jahr aus dem Dispositionsfonds, der auch wieder entsprechend gespiesen wurde, Zuwendungen in Form von Gutscheinen zum Warenbezug ausgerichtet werden. — Beim Traktandum Verschiedenes wurden von Verwalter Schneiter orientierende Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand des Bäckereineubaues gemacht.

Nach Schluss der Versammlung erfreute der Arbeiter-Gemischte Chor die Anwesenden spontan mit einigen ansprechenden Liedervorträgen.

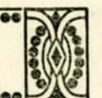
Die Butterpreise.

(Mitgeteilt von der «Butyra», Schweiz. Zentralstelle für Butterversorgung.)

Im Zusammenhang mit dem Milchpreisabschlag vom 1. November hat die Aufsichtskommission der «Butyra» die Butterpreise ebenfalls einer Revision unterzogen. Die neue Preisskala sieht für alle Beteiligten, d. h. Produzenten (Butterzentralen), Gross- und Kleinhandel eine gewisse Einschränkung der bisherigen Vermittlungsspesen vor. Dadurch soll erreicht werden, dass die feinste einheimische «Floralp»-Tafelbutter bei Bezug von 100 gr zu höchstens 48 Rp., von 200 gr zu höchstens 95 Rp. und bei kiloweisem Bezug ab Stock nicht über Fr. 4.55 per kg verkauft wird.

Für Kochbutter ist eine Preisermässigung um ca. 40 Rp. per kg eingetreten. Für diese beträgt der höchstzulässige Preis Fr. 4.— per kg bei Ankauf von wenigstens 2 kg, resp. Fr. 4.10 bei kiloweisem Bezug. Es sei auch bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hingewiesen, dass zu Kochzwecken gegenwärtig ausschliesslich beste Inlandsbutter abgegeben wird, die an Aroma und Gehalt der in früheren Jahren importierten, zum Teil überseeischen Kochbutter überlegen ist.





Haushaltungsbuch CO-OP 1933

Dem Vernehmen nach lassen einige Verbandsvereine das Haushaltungsbuch CO-OP zu 60 und 70 Rappen pro Exemplar vertreiben. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass die Verwaltungskommission den Höchstpreis auf 50 Rappen pro Exemplar angesetzt hat. Der Verband liefert dieses Haushaltungsbuch unter den Selbstkosten, damit den Vereinen ein billiges und zügiges Propagandamittel an die Hand gegeben wird. Wenn auch selbstverständlich der innere Wert des Haushaltungsbuches einen Preis von 70 Rappen erheblich übersteigt, so möchten wir doch alle Vereine bitten, sich an den Höchstpreis von 50 Rappen zu halten, wenn sie sich nicht entschliessen können, auch ihrerseits ein Opfer zu bringen und das Buch zu 40 Rappen oder noch weniger abzugeben, damit demselben eine möglichst grosse Verbreitung verschafft werden kann.

Die Bestellungen für das Haushaltungsbuch CO-OP laufen in letzter Zeit wieder in vermehrtem Masse ein. Wir empfehlen sämtlichen Vereinen, dafür Propaganda zu entfalten, dass dieses Haushaltungsbuch den Hausfrauen für die kommende Festzeit als genossenschaftliches Weihnachtsgeschenk überwiesen werden kann. Bestellungen an die Verwaltungskommission des V. S. K. werden jeweilen sofort zur Ausführung gebracht.

Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 8., 9., 11. und 14. November 1932.

1. Der Società coop. svizzera di consumo Arogno wurde zu ihrem 25jährigen Jubiläum ein Glückwunschschreiben zugesandt.

2. Die Konsumgenossenschaft Brugg berichtet, dass sie in Dottikon ein zweites Depot errichtet habe. Bei der Fakturierung der Warensendungen soll deshalb fürderhin genau darauf geachtet werden, ob die Ware für Depot «alte Mühle» oder für Depot «Bally-Gebiet» bestimmt ist.

3. Dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jaeggi) sind folgende Zuwendungen gemacht worden:

Konsumverein Kirchberg	Fr. 100.—
Konsumgenossenschaft Winznau	» 150.—

Diese Ueberweisungen werden hiermit bestens verdankt.

Es wird beschlossen, der Statutenrevision der Konsumgenossenschaft Feldis-Scheid zuzustimmen.

---

1. Der V. S. K. hat dieses Frühjahr ein gefälliges Propagandaplakat für CO-OP-Artikel (Bild: Verkäuferin hinter dem Ladentisch eine Anzahl CO-OP-Artikel darbietend) herausgegeben im Format 90 auf 128 cm.

Wir besitzen von diesem Plakat noch eine grössere Anzahl, die wir den Verbandsvereinen zur Verfügung halten. Die bevorstehende Festzeit ist dazu angetan, dieses Plakat wieder zu verwenden. Wir möchten den Verbandsvereinen empfehlen, das Plakat im Ladenlokal aufzuhängen, sowie an einem geeigneten sichtbaren Orte aufzukleben. Ganz besonders empfehlen wir, das Plakat auf die Weihnachtszeit hin im Schaufenster auszustellen, damit die Mitglieder bei ihren Weihnachts- und Neujahrseinkäufen besonders auf die CO-OP-Artikel aufmerksam gemacht werden.

Bestellungen für dieses Plakat sind an die Verwaltungskommission des V. S. K. zu richten und werden unverzüglich zur Ausführung gebracht.

2. Um der genossenschaftlichen Propaganda einen neuen Impuls zu verleihen und die genossenschaftliche Idee in weitere Kreise der Bevölkerung zu tragen, hat die Verwaltungskommission beschlossen, eine **genossenschaftliche Werbewoche** zu veranstalten in der Zeit vom **11.—19. Februar 1933.** Diese Werbewoche soll bei allen Verbandsgenossenschaften (Konsumvereinen und Zweckgenossenschaften) systematisch vorbereitet und durchgeführt werden. Der Verband wird zu diesem Zwecke ein Plakat herausgeben und in allen Bahnhöfen und öffentlichen Plakatstellen sowie bei den Verbandsvereinen zum Anschlag bringen lassen. Ferner sind in Aussicht genommen Flugblätter, Propagandabroschüren, Vorträge, Filmvorführungen, etc. Demnächst wird zu Handen der Verbandsvereine eine Wegleitung publiziert werden. Die Verwaltungskommission möchte die Verbandsvereine heute schon bitten, zu gegebener Zeit alles Erforderliche zu veranlassen, um dieser Reklamewoche eine möglichst grosse Wirkung zu sichern. Mit der Vorbereitung und Durchführung der bezüglichen Arbeiten wird insbesondere Herr Dr. H. Faucherre, Redaktor, betraut.

3. Dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jaeggi) sind von der Konsumgenossenschaft Biel Fr. 200.— überwiesen worden, die hiermit bestens verdankt werden.

4. An der letzten Herbstkonferenz des Kreisverbandes bernischer Konsumvereine wurden Mitteilungen gemacht, wonach die Fabrik von Maggi's Nahrungsmitteln Kempttal Gutscheine an das Verkaufspersonal abgebe.

Direkt bei der erwähnten Fabrik eingezogene Erkundigungen ergaben nun, dass die Fabrik von Maggi's Nahrungsmitteln keine Gutscheine oder dergleichen herausgibt und somit dem Verkaufspersonal auch keine verabfolgt.

Die Fabrik erklärt, durch die Geschenkpropaganda der Konkurrenz veranlasst worden zu sein, die Verschlussplomben der Würzeflasche No. 5 sowie die gelben und roten Umhüllungen von Maggi's Suppen- und Bouillonwürfeln etc. entgegenzunehmen und dafür den Einsendern Prämien, die vom Verband zur Bekämpfung des Zugabeunwesens als toleriert bezeichnet werden, zu verabfolgen. Diese Abgabe trägt nicht den Charakter von zum vorneherein festgesetzten Vergütungen an Wiederverkäufer oder an das Verkaufspersonal, weshalb die Ausrichtung einer entsprechenden Barvergütung an Konsumgenossenschaften oder eine Verrechnung an den Fakturen nicht in Betracht fallen könne. Die Fabrik hat ihre Vertreter angewiesen, von sich aus das Verkaufspersonal nicht zum Sammeln von Packungsteilen der Maggi-Produkte einzuladen. Die Fabrik als solche erklärt, bei Erhalt der vorerwähnten Packungsausweise nicht feststellen zu können, ob es sich um Verbraucher oder Verkaufspersonen handle, weshalb die Fabrik, um weitere Misshelligkeiten zu vermeiden, es den Vereinen überlassen möchte, dem Verkaufspersonal überhaupt das Sammeln von Gutscheinen, Packungsausweisen usw. für Maggi-Produkte zu untersagen, so dass nur die Vereinsmitglieder als Konsumenten in den Genuss der verabfolgten Prämien gelangen.

---

1. In der schweizerischen Post-, Zoll- und Telegraphenzeitung vom 27. Oktober 1932 ist ein längerer Artikel erschienen, betitelt: «Gewerkschaften, A. C. V. und Migros», der so viel Wasser auf die Mühle der Migros leitet, dass man fast der Auffassung zuneigen könnte als ob dieser Artikel von interessierter Seite inspiriert sei. Der Artikel enthält so viele Unrichtigkeiten, dass die Verwaltungskommission in der Verbandspresse darauf zurückkommen wird.

2. In No. 44 der Verbandszeitung «La Coopération» wurde ein Artikel unseres Mitarbeiters P. F. (Pater Familias) publiziert, worin die Auswirkungen des Beschlusses des Nationalrates bezüglich der Familienzulagen im Falle eines Lohnabbaues, allerdings nicht ganz in zutreffender Weise, besprochen wurden, ohne aber, wie im Artikel selbst ausdrücklich erklärt wird, zur Frage des Lohnabbaues selbst Stellung zu nehmen.

Dieser Artikel scheint nun in interessierten Kreisen Anstoss zu erheben und zur Auffassung geführt zu haben, als ob der V. S. K. als solcher für den Lohnabbau beim Bundespersonal eintreten wolle. Die Verwaltungskommission bedauert dieses Missverständnis, das sich infolge des erwähnten Artikels, allerdings zu Unrecht, ergeben konnte.

Die Verwaltungskommission erklärt anmit in aller Form, zur Frage des Lohnabbaues keine Stellung bezogen zu haben in Rücksicht darauf, dass diese Angelegenheit in erster Linie Sache der Gewerkschaften und Angestelltenverbände ist und nicht in den Rahmen der Tätigkeit des V. S. K. fällt. Was die Frage der Regelung der Besoldungsverhältnisse im V. S. K. anbetrifft, so hat die Verwaltungskommission beschlossen, im Jahre 1933 keinen Lohnabbau vorzunehmen.





Schweizerische Volksfürsorge
Volksversicherung auf Gegenseitigkeit

Sitzung des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat versammelte sich Sonntag, den 13. November 1932, vormittags 9½ Uhr vollzählig im Sitzungssaal des V. S. K., Thiersteinerallee 14, Basel.

Er behandelte vorerst zwei von der Direktion ausgearbeitete und vom Eidgenössischen Versicherungsamt bereits genehmigte Ergänzungen zu zwei schon bestehenden Tarifen und gab denselben seine Zustimmung.

Hierauf nahm der Rat eine Orientierung über die Unfallzusatzversicherung entgegen und beauftragte die Direktion, gemäss ihrem Vorschlag eine definitive Vorlage auszuarbeiten, vom Versicherungsamt genehmigen zu lassen und hernach dem Verwaltungsrat zu unterbreiten.

Vom Inhalt eines Entwurfes einer neuen «Wegleitung für Vertreter» wurde Kenntnis genommen und die Direktion beauftragt, diese Wegleitung drucken zu lassen.

Sodann kamen eine weitere von der Direktion vorbereitete Wegleitung bezüglich der Verwendung der Konsumvereinsrückvergütung als Prämie für Einzellebensversicherungen bei der Volksfürsorge zur Behandlung und ferner eine Vorlage und Vorschläge der Direktion für die Ausführung des Beschlusses der Delegiertenversammlung des V. S. K. in Interlaken betreffend bessere Unterstützung der Anwerbetätigkeit durch die Konsumvereine und Verwendung der Konsumrückvergütung oder eines Teiles derselben als Prämie für Einzelversicherungen oder Kollektivversicherungen bei der Volksfürsorge. Nach einem Referat des Direktors und nach ausgiebiger Diskussion wurde den vorliegenden Vorschlägen zugestimmt und die Delegation sowie die Direktion mit der Ausführung der gefassten Beschlüsse beauftragt.

VERBAND SCHWEIZ. KONSUMVEREINE (V.S.K.)

Kreis VII.

(Zürich und Schaffhausen).

Ausserordentliche Konferenz

zur Besprechung des Gesetzesentwurfes über ein neues Wirtschaftsgesetz für den Kanton Zürich

Referent: **Dr. O. Schär**, Mitglied der Verwaltungskommission des V. S. K.

Montag, den 21. November 1932, nachmittags 2 Uhr, im Saale des St. Annahofes (V. Stock).

Die Genossenschaftsvorstände im Kanton Zürich werden ersucht, zu dieser wichtigen Besprechung mindestens einen Delegierten abzuordnen.

Namens des Kreisvorstandes VII,
Der Präsident: **H. Schlatter.**
Der Aktuar: **Rob. Stahel.**



Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt

Nachfrage.

Konsumverein in der Ostschweiz, mit 1 Million Franken Umsatz, ist in der Lage, den Verwalterposten neu zu besetzen. Tüchtige, bilanzsichere und namentlich mit dem Genossenschaftswesen gut vertraute Bewerber wollen ihre Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit, Alter und Lohnansprüchen, nebst Beilage von Zeugnisabschriften, unter Chiffre K. 5 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel einsenden.

Angebot.

23jähriger, an selbständiges Arbeiten gewöhnter **Bäcker-Konditor** sucht Stelle in Konsumbäckerei. Zeugnisse zu Diensten. Offerten unter Chiffre F. H. 1909 gefl. an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Junge, ehrliche Tochter sucht **Ladenstelle** zur Ausbildung. Geht eventuell auch als Aushilfe. Offerten unter Chiffre A. G. 151 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Jüngling von 18 Jahren, der die Handelsschule besucht hat und in der Lebensmittelbranche schon eingearbeitet ist, sucht Stelle als **Volontär** in der deutschen Schweiz zwecks Erlernung der Sprache. Familienleben erwünscht. Offerten unter Chiffre M. S. 152 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Suche Stelle für tüchtige, ehrliche **Verkäuferin.** Sehr gute Zeugnisse. Eintritt nach Belieben. Gefl. Offerten an Frau A. Rist, Konsumverein Wald (Zürich).

Junger Mann, Welschschweizer, 24 Jahre alt, tüchtig und gewissenhaft, mit Kenntnissen der deutschen Sprache, sucht Stelle als **Volontär** in Konsumgenossenschaft. Offerten erbeten unter Chiffre R. B. 66 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Tüchtige **Verkäuferin,** deutsch und französisch sprechend, seinerzeit Schülerin des Genossenschaftlichen Seminars, sucht Stelle. Offerten unter Chiffre R. O. 158 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Person gesetzten Alters, welche die deutsche, französische, italienische und englische Sprache beherrscht, Damenschneiderei erlernt hat und schon in einem Konfiserieladen tätig war, sucht Stelle in Konsumladen. Zeugnisse stehen zur Verfügung. Nähere Auskunft erteilt der Vorstand des Konsumvereins Staufen (Aargau).

Sprachenkundige Tochter (deutsch und französisch), gross und intelligent, sucht **Ladenlehrstelle** in Konsumverein. Zeugnisse und Photo zu Diensten. Offerten erbeten unter Chiffre U. R. 160 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Ein der Schule entlassener Jüngling sucht Stelle als **Lehrling** in Magazin. Eintritt könnte sofort erfolgen. Offerten erbeten unter Chiffre L. P. 161 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Redaktionsschluss: 17. November 1932.

Buchdruckerei des Verband. schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel